

Etatrede

**anlässlich
der Verabschiedung des
Haushaltes für das Jahr 2018
in der
Sitzung des Rates am 19.12.2017**

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist: 19.12.2017 18.30 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Stock,
sehr geehrte Frau Kämmerin Kühlen,
meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen
und Kollegen hier im Rat,
sehr geehrte Zuhörer aus Verwaltung, Bürgerschaft und
Presse,

ich möchte zunächst im Namen meiner Fraktion der
Verwaltung herzlich für die geleistete Arbeit beim
Haushalt danken. Dabei gilt unser Dank
selbstverständlich allen Mitarbeiterinnen und
Mitarbeitern, die an der Aufstellung des Haushalts
mitgewirkt haben.

Erneut ist es der Kämmerin Sonja Kühlen und Ihrem
Team im Fachbereich Finanzwirtschaft gelungen den
Haushaltsplan für das Kalenderjahr 2018 zum
Jahresende 2017 vorzulegen. Dafür gebührt allen die
am Gelingen mitgewirkt haben unser ausdrücklicher
Dank und unsere Anerkennung.

Mit der heutigen Haushaltsverabschiedung entscheiden wir wieder einmal über die künftige Kommunalpolitik und das Handeln der Stadt Wegberg.

Es handelt sich im vorliegenden Haushaltsplan um einen solide aufgestellten Haushalt, dem aber die guten Ideen fehlen.

Bedauerlicherweise erkennt man im Haushalt keine klare Handschrift! Weder klare Ziele noch das zukünftige Handeln ist zu erkennen.

Wir entscheiden zwar über Projekte wie die Erweiterung des Gewerbegebiets in Rath-Anhoven, die Investitionen in IT (Hard- und Software) für die Schulen und die zahlreichen Sanierungsmaßnahmen in den Schulgebäuden. Dies alles soll die Schulstandorte sichern und neue Möglichkeiten für Gewerbeansiedlungen bieten und damit die Zukunft der Stadt sichern.

Bestimmt werden wir auch einige Entscheidungen treffen müssen, die nicht die breite Zustimmung bei den Bürgern finden werden.

Aber seien Sie versichert, wir, der Rat der Stadt Wegberg, macht sich keine Entscheidung leicht und wir überdenke jede für die Bürger belastende Entscheidung gut. Dennoch fehlt in unseren Augen eine klare Linie und Perspektive für die nächsten 10-15 Jahre.

Allein mit dem Schlagwort "Masterplan" lässt sich der Haushalt nicht ausgleichen. Zu Beginn seiner Wahlperiode hatte der Bürgermeister das Ziel den sozialen Wohnungsbau zu forcieren. Die Umsetzung findet indes nicht statt. An einer Blockadepolitik der CDU liegt das sicherlich nicht. Siehe unsere Anträge zur Bebauung des ehemaligen Sportplatzes in Arsbeck, der Ausweisung von Wohnbauflächen in Merbeck und Klinkum. Alle abgelehnt!

Es wird verwaltet aber nicht gestaltet!

Handlungsräume gibt es genug: Wegberg als touristisches Ziel, Integration der Schulformen mit neuen Formen des digitalen Lernens, Vermarktung Wegberg Oval, die Vielfalt von Wegberg als eine Stadt, die Zukunft der Innenstadt, Angebote für die Freizeit für alle Altersgruppen.

Das positive Ergebnis des Jahresabschlusses für das Jahr 2016 darf keinesfalls darüber hinwegtäuschen, dass es sich bei fast allen Verbesserungen um nicht wiederholbare Einmaleffekte gehandelt hat. Dies

können Sie auch dem Bericht der Kämmerin entnehmen.

So hat z.B. die Senkung der Umlage für den Landschaftsverband zu einer Stabilisierung der Kreisumlage geführt.

Ebenso haben geringere Belastungen bei den Pensionsrückstellungen, nicht durchgeführte Instandhaltungen, diese können uns in den nächsten Jahren mehr belasten, und hohe Erstattungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz zum positiven Ergebnis nicht unerheblich beigetragen.

Der Ergebnisplan für das kommende Jahr 2018 schließt diesmal mit einem Minus von nahezu 2 Mio.Euro ab.

Im Gesamtergebnisplan sind die Erträge nach dem Ergebnis für 2016 zum Ansatz 2018 annähernd gleichgeblieben.

Allerdings steigen die Aufwendungen nach dem Ergebnis 2016 zum Ansatz 2018 um mehr als 4,5 Mio. Euro.

Wenn wir mit aller Ernsthaftigkeit das Ziel des Haushaltssicherungskonzepts in 2024 einen Haushalt mit "schwarzer Null" im Ergebnis zu haben, erreichen wollen, müssen wir dieser Entwicklung entgegenwirken.

Meine Damen und Herren unsere Handlungsmaxime kann nur sein:
Die Erträge müssen erhöht und die Aufwendungen reduziert werden.

Dazu kann es durchaus notwendig sein, einige in den 90er Jahren gefasste Beschlüsse auf den Prüfstand zu stellen und an die veränderten Notwendigkeiten anzupassen.

Im Anzeigebericht des Landrats zum Jahresabschluss 2016 wird festgestellt, dass die Stadt Wegberg immer mehr auf Kredite zur Liquiditätssicherung angewiesen ist. In den nächsten Jahren werden Rückstellungen in Höhe von 33,3 Mio Euro zu bewältigen sein.

Die Notwendigkeit hier für eine Verbesserung des Ergebnishaushalts zu sorgen findet, leider auch in der Politik, noch nicht ausreichend Verständnis. Die Dimension des Problems scheint noch nicht überall angekommen zu

sein.

Anders kann die Ablehnung unseres Antrags, zunächst einen kleinen Bereich des im städtischen Besitz befindlichen Geländes im Beeckerwald einer gemäßigten Bebauung mit ausreichender Begrünung der Randflächen zuzuführen, wohl kaum gewertet werden. Hier hätten Erlöse im 2-stelligen Millionenbereich erzielt werden können.

Der Vorbericht zum Haushalt greift die Problematik auf, indem gesagt wird: "Die Stärke Wegbergs kann eher in der Wohnqualität gesehen werden." Auf derselben Seite wird aber ebenfalls ausgeführt: "Aus der geringen Ertragsstärke und den hohen Aufwendungen (....) entsteht der Zwang sich bei freiwilligen Leistungen einzuschränken. Hieraus ergibt sich eine niedrige Attraktivität für die Bevölkerung und Unternehmen."

Immer wieder wird beklagt, dass es kaum Grundstücke im Innenring für Bauwillige gibt, ebenso fehlen angemessene Mietwohnungen für junge Menschen und Familien. Die Entwicklung im Bereich Gerichhausener Feld wird noch viele Jahre dauern. Wegberg hat aber Bevölkerungsschwund und Überalterung zu bewältigen. Hierzu lesen wir im Vorbericht zum Haushalt: "Seit dem Jahr 2004 war ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen (....) Aus der unterdurchschnittlichen Quote von Jugendlichen lässt sich ableiten, dass es in Wegberg an Wohnbauflächen mangelt (.....) in der Grundstücksentwicklung ein Nachholbedarf besteht. Wegberg muss dringend dem rasanten Rückgang an Schülerzahlen entgegenwirken."

Meine Damen und Herren, hier sind wir als Politik gefordert alte Zöpfe abzuschneiden und uns den Notwendigkeiten zuzuwenden.

Führen wir uns die Worte von Voltaire vor Augen, der schon mahnte: "Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun."

Dieser Satz meine Damen und Herren passt sowohl zu meinen bisherigen Ausführungen, bezieht sich aber auch auf die Folgenden.

Bereits beim Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2017 haben wir festgestellt,

dass die Darstellung der Personalkosten auf Produktebene falsch waren. Im Zuge der Haushaltsberatungen hat man uns zugesagt, diesen Fehler für den Plan 2018 zu korrigieren. Dies ist leider nicht der Fall, sodass wir bei mehr als einem Dutzend Produkten abermals eklatante Fehler bei der Darstellung der Personalaufwendungen feststellen mussten. Leider konnten wir auch bei Ihnen Herr Bürgermeister nicht die Einsicht in die Notwendigkeit der korrekten Darstellung feststellen. Steuerung ist so nicht möglich. Weder für Sie Herr Bürgermeister noch für den Rat!

Ob die Einsparungen durch das Personaleinsparkonzept tatsächliche Einsparungen sind oder nur aus falschen Darstellungen bei den Personalaufwendungen resultieren, können wir so nicht nachvollziehen.

Umso mehr verwundert es uns, dass für diese nicht erbrachte Leistung auch noch eine Beförderung in diesem Fachbereich vorgesehen ist und wohl auch in einem späteren Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung beschlossen werden wird. Zur Erklärung: Der Bürgermeister benötigt hierzu nur ein Drittel der Stimmen des Rates.

Welches Signal geht von diesem Handeln für all die Mitarbeiter aus, die Ihre Arbeit korrekt und zuverlässig ausführen?

Wie bereits im letzten Jahr haben wir im Haupt- und Finanzausschuss einige Anträge zu Sperrvermerken im investiven Bereich gestellt. Sinn dieser Anträge ist, die geplanten Vorhaben im zuständigen Fachausschuss nochmal ausführlich zu beraten.

Meine Damen und Herren, zahlreiche Maßnahmen zum Haushaltssicherungskonzept warten noch darauf abgearbeitet zu werden.

Die Anpassung der Beitragssätze für die Erhebung von Beiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz, die Zukunft des Hallenbades und die zukünftige Ausrichtung des Bauhofes werden Themen sein, denen wir uns im nächsten Jahr verstärkt widmen müssen.

Für die Jahre 2018 und 2019 ist eine Neuverschuldung geplant, da die Investitionstätigkeit über Kredite finanziert werden muss und diese die Tilgung übersteigen werden. Hohe Investitionen in nahezu abgeschriebene Gebäude müssen aus unserer Sicht auf den einfachsten Standard reduziert

werden.

Die Fortschreibung des Kanalkatasters ist ebenfalls ein Thema dem wir unsere besondere Aufmerksamkeit schenken müssen.

Der Investitionsstau im Tiefbaubereich benötigt eine personalwirtschaftliche Unterstützung. Hier werden wir die Impulse des neuen technischen Beigeordneten, der zum 01.01.2018 seine Tätigkeit aufnimmt, positiv begleiten.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Ausführungen der Kämmerin im Vorbericht zu Kennzahlen und Zielen. Diese sind zwingend notwendig um steuernd Einfluss zu nehmen. Hier sind Sie Herr Bürgermeister in der Pflicht die Fachbereiche anzuweisen notwendige Zahlen und Auswertungen zeitnah an die Kämmerei zu liefern. Durch die fortschreitende Digitalisierung sollte es in der Zukunft leichter sein, Zahlenmaterial zur Steuerung der Verwaltung und zum Controlling zu nutzen und uns auch zeitgemäß und regelmäßig zu liefern

Meine Damen und Herren, ein städtischer Haushalt ist ein komplexes Werk, das in seinen einzelnen Positionen sicher nicht die Zustimmung Aller erzielen kann. Die Aufgabe der Politik besteht auch darin, die Notwendigkeiten und die Wünsche in vernünftigen Kompromissen zum Nutzen der Bürger zusammen zu bringen. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk der Zukunft, denn viele Entscheidungen haben nicht nur kurzfristige Wirkung sondern können zukünftige Generationen belasten oder auch entlasten.

Da wir als CDU-Fraktion aufgeschlossen sind für vernünftige Kompromisse und unsere Aufgabe in der Gestaltung und nicht in Blockade sehen, werden wir dem vorliegenden Haushaltsplan 2018 zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Petra Otten

Fraktionsvorsitzende

Rede zur Haushaltssatzung 2018

Wegberg, den 19.12.2017

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind mittlerweile zu einer guten, alten Tradition zurückgekehrt, nämlich dass über den Haushaltsentwurf eines Haushaltsjahres bereits im Vorjahr beraten und entschieden wird. Das ist dieses Mal schon das zweite Mal, damit also – wir sind im Rheinland - Tradition. Und nicht nur Tradition, sondern auch im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften. Das ist der hervorragenden Arbeit der Kämmerin und ihres Teams zu verdanken.

Der Haushaltsentwurf 2018 ist ein sehr solider Haushaltsentwurf.

Es sind investive Maßnahmen in Höhe von fast 6 Millionen € geplant. Die geplanten Investitionskredite betragen rund 3,6 Millionen €, die geplante Netto-Neuverschuldung soll bei etwa 820.000 € liegen. Das Gesamtplanergebnis liegt bei knapp – 1,9 Millionen €. Letzteres klingt schon besser als der Haushaltsplan für das Jahr 2017, in dem ein Gesamtergebnis von -4,4 Millionen Euro ausgewiesen war. Wobei, das ergibt sich aus dem Vorbericht der Haushaltssatzung, das tatsächliche Jahresergebnis für 2017 deutlich besser sein soll.

Ein Großteil der geplanten Investitionen betrifft den Neubau der Feuerwache und die Umsetzung des Abwasserkonzeptes. Insbesondere im Bereich des Abwasserkonzeptes und auch bei der Straßenunterhaltung müssen wir endlich damit beginnen, die Sünden der Vergangenheit zu bewältigen, die darin bestanden, notwendige Investitionen nicht durchzuführen, um den Haushalt schönzurechnen. Wir müssen diesen dadurch entstandenen Investitionsstau auflösen. Ich hatte es

schon mehrfach gesagt: Wir müssen jetzt „ranklotzen“. Wir dürfen die Sünden der Vergangenheit, nämlich der Zeiten, in denen wir andere Bürgermeister hatten, nicht wiederholen, sondern wir müssen jetzt investieren, um weiteren Schaden von der Stadt abzuwenden.

Insgesamt sind wir auf einem guten Weg: In den Jahren 2015 und 2016 haben wir Überschüsse erzielt, 2016 sogar einen Überschuss in Höhe von 1,8 Mio. Euro. Der Haushaltsplanentwurf schließt sich konsequent an das Haushaltssicherungskonzept und die Haushaltssatzung 2017 an. Er ist geprägt von den Notwendigkeiten, die zur Haushaltskonsolidierung führen sollen. Wenn wir so weiter machen, können wir bereits 2020 oder 2021, nicht erst, wie geplant, 2024 die Haushaltssicherung verlassen. Wichtig ist aber, dass wir in den Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung trotz der guten Aussichten nicht nachlassen dürfen, um somit langfristig die kommunale Selbstverwaltung in der eigenen Hand zu haben

Als sehr positives Ergebnis der Planungen kann auch festgehalten werden, dass wir nicht gezwungen sind, 2018 die Grundsteuer B wegen ausgefallener Maßnahmen zu erhöhen. Denn wir können durch höhere Erträge und höhere Aufwandsreduzierungen bei bestehenden Maßnahmen geringere Einsparungen bei anderen Maßnahmen auffangen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch noch kurz auf Äußerungen eingehen, die z.T. in der Öffentlichkeit gemacht werden: Wir haben nicht die höchste Grundsteuer im Kreis. Vier Städte erheben mehr. Wir liegen damit im Kreis im Mittelfeld und im Übrigen weit unter dem Landesdurchschnitt.

Leider hat der Rat nicht alle Möglichkeiten genutzt zu sparen. So haben CDU und die anderen Fraktionen mit Ausnahme der Fraktion Bündnis90/Grüne unseren Vorschlag zur Verkleinerung des Rates abgelehnt. Und das mit einer Begründung, die überhaupt nicht nachvollziehbar ist. Wenn die CDU darauf hinweist, dass auf der einen Seite „nur“ 70.000 Euro gespart werden, andererseits die Feuerwache Klinkum 90.000 Euro mehr koste, ist insoweit ein Zusammenhang nicht zu erkennen. Mit diesem Argument, einem „Totschlagargument“, kann man jede Einsparmaßnahme abqualifizieren. Auch die Behauptung, die räumlichen Zusammenhänge werden nicht gewahrt, ist schlicht falsch. Das genaue Gegenteil folgt aus der Vorlage der Verwaltung. Und wenn es der CDU tatsächlich ernst gemeint wäre, hätte sie bis Februar 2020 Zeit gehabt, einen eigenen Vorschlag zum Zuschnitt der Wahlkreise zu machen. Mir scheint, das Abstimmungsverhalten der CDU rührt, nicht nur in diesem Punkt, daher, dass sie annimmt, Rücksicht nehmen zu müssen auf ihre kleinen Partner in dem sogenannten Mühlenbündnis. Dabei sind deren Argumente ebenfalls nicht nachvollziehbar. Die SPD hatte keineswegs die Absicht, die kleineren Parteien oder Wählergemeinschaften aus dem Rat zu halten. Ganz im Gegenteil: die Folgen der Verkleinerung des Rates wäre zu Lasten der großen Fraktionen gegangen. Die kleinen Parteien wären mit dem Ergebnis von 2014 ebenfalls in den Rat gekommen,

da sie alle ein Ergebnis über 5% hatten. Und im Übrigen: Wenn die kleineren Parteien hier im Rat eine gute Politik machen, werden sie auch gewählt.

Ich möchte auch noch einmal zurückkommen auf ein weiteres Ergebnis der Politik des sogenannten Mühlenbündnisses: nämlich die Auflösung und Neubildung der Ausschüsse. Denn es ist genau das eingetreten, was ich bereits frühzeitig prognostiziert habe, nämlich dass neben den jährlich zusätzlich aufzubringenden Kosten dieser Beschluss eine erhebliche Mehrbelastung für alle Ratsmitglieder und auch die Verwaltung mit sich gebracht hat. Neben den Überschneidungen in der Verwaltung, die für die Mitarbeiter zusätzliche Arbeit bedeutet, hat es auch für die Ratsmitglieder zu erheblich mehr Sitzungstätigkeit geführt. Das allein wäre nicht so schlimm, wenn es denn etwas gebracht hätte. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall: Denn es ist nicht ersichtlich, dass die Arbeitsergebnisse in den zusätzlichen Ausschüssen nicht auch in den bisherigen Ausschüssen zustande gekommen wären.

Leider verhält sich auch die Landesregierung nicht so, dass sie den Kommunen die Durchführung ihrer Aufgaben leichter macht. Dass Gegenteil ist der Fall: So wird z.B. die Landesregierung entgegen der Ankündigung von CDU und FDP in der Zeit ihrer Opposition die sogenannte Integrationspauschale nicht an die Kommunen weitergeben. Die Kommunen, die durch die Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen immens belastet sind, werden damit im Regen stehen gelassen.

Auch die Erhöhung der Krankenhausinvestitionsförderung, von der ein Großteil die Kommunen bezahlen sollen, belastet die Kommunen, und damit auch Wegberg, ganz erheblich. Auf der einen Seite schafft die schwarz-gelbe Landesregierung den Stärkungspakt ab, auf der anderen Seite belastet sie die Kommunen auch noch zusätzlich.

Trotz dieser Widrigkeiten ist der vorliegende Haushaltsentwurf ein guter Ansatz dazu, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unserer Stadt in den nächsten Jahren zu überwinden.

Dazu noch einmal ein großes Lob und herzlichen Dank an das Team um Frau Kühn.

Die SPD-Fraktion stimmt der Haushaltssatzung 2018 zu.



Fraktionsvorsitzender

Haushaltsrede 2018 der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
verehrte Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt,
liebe Gäste,
anwesende Pressevertreter,

guten Abend, seien Sie herzlich begrüßt!

Frau Kühn,
haben Sie vielen Dank für die Erstellung des Haushalts 2018. Sie und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzwirtschaft haben erneut eine sehr gute Arbeit geleistet, die wir heute mit Anerkennung und Respekt annehmen und der wir in vollem Umfang zustimmen werden. Ein Haushalt, der allen anfänglichen Unken und Prognosen der Kritiker zum Trotz solide und gut ist.

Meiner Vorrednerin danke ich für die detaillierte Darstellung dieses umfassenden Zahlenwerks. Daher werde ich hier auch nicht näher darauf eingehen. Grundsätzlich gilt nach wie vor: nicht immer nur meckern, rügen und tadeln, erst mal besser machen.

Und in diesen Prozess sind wir alle involviert. Insbesondere diejenigen, die diese Situation in erster Linie in den zurückliegenden Jahren zu verantworten haben. Aber schauen wir aufs Hier und Jetzt: Das Zauber- und Unwort einer Stadt, die sich seit 2014 im HSK befindet, heißt weiter: **Sparen!!**

Es schwebt wie ein Damokles Schwert über uns und lässt uns kaum Spielraum für neue Innovationen und kreative Gedanken. Allein der heutige Haushalt ist mit unzähligen Sperrvermerken und Anträgen versehen, die den Eindruck entstehen lassen, dass wir mit einem Schnellzug in Richtung Stillstand fahren. Mögen die Einwände in ihren Augen zwingend notwendig und erforderlich sein, so bergen sie dennoch eine große Gefahr. Die Vision eines ausgeglichenen Haushalts bis 2024 haben wir dann hoffentlich in Folge erreicht. Aber zu welchem Preis? Wir sollten im Einzelfall auch mal schnellere Entscheidungen treffen und nicht in klein und klein verharren, blockieren, boykottieren, verschieben, noch mal beraten oder Aussitzen.

„Bündnis“politik ist nicht zwingend erfolgversprechend. Viele Stolpersteine haben in erster Linie viel Zeit und Geld gekostet. Die Sinnhaftigkeit der zusätzlichen Ausschussbildung ist für mich auch nach einem Jahr nicht wirklich zu erkennen. Auch im Arbeitskreis „Sparen“, dem ich für meine Fraktion beiwohnen durfte, lagen wir nach vielen Sitzungen weit unter unserem gesetzten Ziel. Vielleicht ändert sich das ja und die Mehrausgaben hätten sich zur Abwechslung auch mal gelohnt.

Dafür haben wir die Widerbesetzungssperren und das Personaleinsparkonzept. Wo sie sinnvoll sind, keine Frage. Der Verwaltung haben wir damit aber einiges an Mehrarbeit auferlegt.

Danke an die Verwaltung dafür

Und weil die Bürgerinnen und Bürger mit Argusaugen über unsere Entscheidungen wachen, steht das Ergebnis über den SPD-Antrag zur Verkleinerung des Rates sinnbildlich für einen unsensiblen, arroganten und moralisch verwerflichen Angriff auf die Toleranzschwelle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Hier könnten wir als Ratsmitglieder ein aktives Zeichen setzen, gerade im Hinblick auf die Sparmaßnahmen, die wir den Wegberger Bürgerinnen und Bürgern zuletzt auferlegt haben. Aber Nein, da war der Wunsch der Vater des Gedankens!

Diesem Antrag der SPD war vor mehr als einem Jahr der Versuch meiner Fraktion vorangegangen, auf die vom Land beschlossenen 10%ige Erhöhung der Aufwandsentschädigungen für Ratsmitglieder zu verzichten. Ich kann mich noch gut an die Diskussion darüber erinnern. Von wegen das sei nicht möglich, weil juristisch schwierig blabla ...

Damals wie heute bin ich der Überzeugung, dass es einen Weg geben müsste, wenn man ihn denn wollte!!

Bei dem heutigen Antrag der SPD war es noch besser. Da wurde bereits im HFA damit argumentiert, dass die Reduzierung der Ratsmitglieder und die daraus resultierende Zusammenlegung der Wahlbezirke dazu führen würde, dass wir als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr vollumfassend zur Verfügung stehen könnten. Das Einsparpotenzial von **nur** 70.000€ in einer Legislaturperiode wäre ja gerade mal so hoch wie die Mehrkosten bei der Klinkumer Feuerwehr!!

Liebe Frau Otten, seien Sie mir nicht böse, aber wenn Sie in ihrem Wahlbezirk Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sein wollen und das auch sind,

dann werden die Menschen den Weg zu ihnen finden und Sie den Weg zu den Menschen. Davon bin ich fest überzeugt. Und dabei spielt die Reduzierung der Ratssitze eine eher unwesentliche Rolle. Die Menschen in dieser Stadt wissen sehr genau, an wen sie sich wenden wollen und sie tun es auch.

Diese unehrliche und an den Haaren herbeigezogene Argumentation macht eines ganz deutlich: Sie **wollen** es nicht. Dann stehen sie bitte auch dazu und verteidigen diese Ansicht. Letztendlich ist es doch die Angst vor Machtverlust und Festhalten an über Jahren lieb gewonnenen Mechanismen in Wohlfühloasen politischen Denken und Handelns.

Wenn wir nicht selber unseren Teil zur Haushaltskonsolidierung beitragen, sei er auch noch so klein, wird man ständig unser Tun und Handeln in Frage stellen. Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Politik ist etwas, das wir uns erarbeiten müssen. Wir müssen es leben und aktiv gestalten. In meinen Augen ist das der einzige Weg, einer Politikverdrossenheit und einem Rechtsruck in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Das sollte der Motivator für uns alle hier sein.

Ich widerhole mich ungern, aber ich sage noch mal:

Wir werden uns an unserem Tun und Handeln messen lassen müssen. Und ich werde nicht müde, Sie, wann immer es nötig und erforderlich ist, daran zu erinnern

Liebe Kollegen und Kollegen, sehen Sie es nicht als Drohung.
Es ist ein Versprechen.

Christiane Merz-Valsamidis
(Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

kurz vor Heiligabend haben wir uns hier versammelt, um den Haushalt für das Jahr 2018 zu verabschieden.

Der erste Gedanke, was liegt näher als ein wenig den Weihnachtsgedanken in dieser Haushaltsrede mit einzubeziehen, war nicht durchzuführen. Es hat sich als zu schwierig erwiesen. Nächstenliebe ist in diesem Gremium nicht bei allen Ratsmitgliedern festzustellen. Dies hat sich in diesem Jahr wieder an verschiedenen Stellen gezeigt.

Das Jahr 2017 bescherte der Wegberger Stadtgeschichte mit dem Mühlen-Bündnisses, das sich auf eine dauerhafte Zusammenarbeit für 20 Sachthemen bis 2020 verständigte, ein politisches Novum. Alle im Wegberger Stadtrat vertretenen Fraktionen wurden vom Mühlen-Bündnis ausdrücklich eingeladen, mitzumachen. Übrigens bildete sich das Mühlen-Bündnis erst nach Jahren, in denen es dem Bürgermeister nicht gelang, eine verlässliche Mehrheit für die politische Arbeit des Rates zu bilden, geschweige denn wechselnde Mehrheiten zu finden.

Ein wenig amüsiert verfolgen wir gerade die Diskussionen auf der Bundesebene rund um das Thema „GroKo“ oder „KoKo“, denn unser Mühlen-Bündnis ist so gesehen noch nicht mal eine „KoKo“ für Wegberg und dennoch für die SPD-Fraktion eine Achse des Bösen und auf Bundesebene – sachlich betrachtet wesentlich umfangreicher - anscheinend eine Erlösung für die SPD.

In diesem Haushaltsentwurf haben wir – als Mühlen-Bündnis - einige Sperrvermerke an Haushaltsstellen angebracht, mit denen die Fraktionen der CDU, FDP und Aktiv für Wegberg den Nachweis erbringen, wie ernsthaft wir „unsere“ Sachthemen bspw. beim Baubetriebshof begleiten und umsetzen. Vielfältige Anträge und Anfragen haben wir zu unseren 20 Themen bereits eingebracht. An dieser Stelle verzichten wir auf die Aufzählung der weiteren 19 Themen, die von allen Mitgliedern der drei Fraktionen gemeinsam erarbeitet worden sind.

Ein weiteres Augenmerk galt in diesen Haushaltsberatungen dem Stellenplan als Anlage des Haushaltes, denn der Rat hat kaum Möglichkeiten über personelle Maßnahmen

mitzuentcheiden. Der Stellenplan ist ein wahrlich stumpfes Instrument, dabei sind die Personalkosten der zweitgrößte Ausgabenposten des städtischen Haushaltes.

Aktuell setzen wir uns unter extremen Zeitdruck mit einem Antrag auf Verbeamtung auseinander, dessen Rechtslage zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend zu klären ist. Da haben wir vier Fraktionen, die meinen, dass ein Statuswechsel nicht durchgeführt werden muss. Und dann ist da die Verwaltungsspitze, deren juristische Ausarbeitungen zwar eindeutig sind, aber dennoch Formulierungen nutzen, die interpretierbar sind. Sehr bemerkenswert ist hier, dass zu diesem Sachverhalt nicht das Motto „Zwei Juristen = Drei Meinungen“ sondern „Fünf Juristen = eine Meinung“ zusammentreffen. Ein Schelm wer hierbei Böses denkt. Jedoch wird dies nicht – obwohl wir mehrfach darum gebeten haben – durch entsprechende Urteile oder Abhandlungen von einem der fünf Juristen fundiert untermauert.

Alleine eine solche Entscheidung würde den städtischen Haushalt nicht nur bis zum Eintritt in die Rente sondern bis zum Ableben des Antragsstellers belasten. Denn wenn ein Tarifbeschäftigter in Rente geht, belastet dies den kommunalen Haushalt in dem Moment nicht mehr, in dem die Rentenkasse die Rentenzahlung übernimmt. Allerdings ist dies bei einem Versorgungsempfänger anders, denn diese finanzielle Verpflichtung endet erst mit dessen Ableben.

All dies sind Sachverhalte, mit denen wir uns kritisch auseinandersetzen und unsere Fraktion kann hier nicht guten Gewissens einer Verbeamtung zustimmen. Hierbei benötigen wir eine rechtlich fundierte Klarstellung, ob es nun eine rechtliche Verpflichtung zu einer Verbeamtung gibt oder nicht. Selbst wenn der Bürgermeister dies anders bewertet, kann uns hier niemand unterstellen, dass wir wissentlich Schaden für die Stadt herbeiführen. Wir wollen hier „Schaden“ für die Stadt abhalten, denn für uns steht hier der mittelbare höhere finanzielle Aufwand für künftige Haushalte außer Frage.

Anträge, Anfragen und Nachfragen zum Haushaltsentwurf wurden leider nicht von allen Fraktionen für den Haushaltsentwurf 2018 gestellt. Für uns ist dies in einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Haushaltsentwurf einfach sehr schlecht nachvollziehbar. Jeder soll seine Ratstätigkeit ausüben wie es ihm oder ihr richtig erscheint. Wir die Fraktion Aktiv für Wegberg sind allerdings definitiv kein Abnickverein.

Dieser Haushaltsentwurf profitiert u. a. von den Landeszuweisungen der schwarz-gelben Landesregierung, ein glücklicher Umstand, der - unabhängig von den Entscheidungen dieses Rates - eingetroffen ist. Trotzdem sind wir sehr dankbar, denn so können wir ohne Erhöhungen der Steuersätze die Hürden des Haushaltssicherungskonzeptes erfüllen und müssen keine alternativen Einsparungen finden. Insbesondere sind wir froh, dass die als HSK-Maßnahme eingebrachte Schließung von zwei Grundschulen nun mit der Einsparung 0 EUR eingestellt ist und damit de facto entfällt.

Grundsätzlich möchten wir die politische Zusammenarbeit in diesem Jahr aufarbeiten, die sich in diesem Haushaltsentwurf 2018 wiederfindet. Sei es nun, dass wir die Kinderbetreuung in den Kindergärten aktuell noch immer nicht bedarfsgerecht erfüllen

können und daher einen Neubau eines Kindergartens sowie den Umbau des Kindergartens Rabennest beschlossen haben. Sämtliche Nachfragen – warum es dann zu dieser prekären Situation gekommen ist – wurden als unzumutbare Einmischung des Rates ausgelegt und leider sehr schnell in der Bevölkerung eine schlechte Stimmung – auch seitens des Bürgermeisters – geschürt.

Dies scheint das neueste Mittel der politischen Arbeit zu sein. Alternativ wird direkt mit der Beanstandung von Beschlüssen gedroht. Sachliche und konstruktive Auseinandersetzung in Sachthemen ist leider zu oft nicht geschehen, für uns ein No-go.

Ein weiterhin großes Thema der Ratsarbeit ist der Neubau der Feuerwache, dieser Neubau wird durch den Arbeitskreis Feuerwehr begleitet. Nachdem im vergangenen Jahr zu diesem Thema die Wogen hochgeschlagen sind, befinden wir uns nun auf dem richtigen Weg. Dieses Großprojekt wird ausgeschrieben und eine Fachjury wählt die zehn besten Entwürfe aus und entscheidet letztlich über den besten Entwurf. Uns war vor allem wichtig, dass ein Vertreter der Feuerwehr in dieser Fachjury vertreten ist. Wir sind froh, dass alle Fraktionen dies genauso gesehen haben.

Grundsätzlich möchten wir an die Aufgabe des Rates der Stadt erinnern, die Kontrolle der Verwaltung. Der Rat ist eine gewählte politische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger, ihm sitzt der Bürgermeister vor. Im § 43 der GO NRW heißt es u. a.: „Die Ratsmitglieder sind verpflichtet, in ihrer Tätigkeit ausschließlich nach dem Gesetz und ihrer freien, nur durch Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung zu handeln; sie sind an Aufträge nicht gebunden.“

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung respektieren unsere Rolle und geben uns ausgewogene Darstellungen, allerdings haben wir oftmals beim Bürgermeister einen anderen Eindruck. Da manifestiert sich für uns eher der Eindruck „Ich bin der König der Welt“. Und es ist verdammt schwer mit einem König zu arbeiten....

Das neueste Ärgernis war die Berichterstattung in der RP über eine Schadensersatzklage gegenüber der Stadt im Zusammenhang mit „Le Pirate“. Es kann niemanden sicherlich überraschen, dass sich unsere Fraktion oftmals fragt, warum die RP so oft früher als der Rat der Stadt unterrichtet ist. Es ist eher unwahrscheinlich, dass die Verwaltung bzw. der König ebenfalls erst so spät unterrichtet ist bzw. wird.

Diese Punkte alleine zeigen auf, wie schwierig es derzeit ist, im Wegberger Stadtrat konstruktiv zusammenzuarbeiten und wie fern der Weihnachtsgedanke ist, obwohl schon in dieser Woche der Heilige Abend ansteht.

Meine Damen und Herren, trotz allem möchten wir uns bei einigen für die respekt- und vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken. Unser Dank gilt den Fraktionsmitgliedern der Freien Wähler, der FDP und der CDU.

Weiter möchten wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, stellvertretend seien hier Frau Kühlen und Herr Pluschke genannt, insbesondere

gilt unser herzlicher Dank für die zeitige Einbringung, der guten Haushaltsberatung und zügigen Beantwortung aller Fragen rund um den Haushaltsentwurf .

Wir, die Fraktion Aktiv für Wegberg, stimmen dem Haushaltsentwurf 2018 aus sachlichen Erwägungen zu und hoffen auf ein besseres Miteinander in 2018. Diesen Wunsch hängen wir nicht nur an den Weihnachtsbaum des Bürgermeisters sondern auch an dem der Fraktionen der SPD und Grünen.

Wir wünschen frohe Festtage, kommen Sie gut ins Neue Jahr. Das Neue Jahr soll Ihnen allen Gutes bringen: Gesundheit, Glück und persönliches Wohlbefinden.

Nicole von den Driesch
Fraktionsvorsitzende

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushalt der Stadt Wegberg 2018

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Stock,
sehr geehrte Frau Kühlen,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

vor kurzem habe ich im Radio einen Spruch oder eine schon oft rezitierte Lebensweisheit gehört:

„Auf dem Weg zum Erfolg gibt es keinen Aufzug, da musst Du schon die Treppe nehmen.“

Sofort wurde ich bei dieser Aussage an vielfältige Lebenssituationen erinnert und auch an das Leben mit und in unserer Haushaltssituation und den bisherigen Konsolidierungsbemühungen dieses Rates.

Es geht darum, dass der eingeschlagene Weg – eigentlich eine Treppe mit vielen unterschiedlichen Stufen – konsequent weiter verfolgt wird, ohne dass uns die Puste ausgeht.

Dass ich unsere diesjährige Haushaltsrede mit diesem Spruch beginne, kann keinen von Ihnen überraschen. Jedem hier im Saal ist klar, wo wir stehen auf dieser Treppe zum Erfolg – zumindest sollte es jedem klar sein.

Denn manchmal habe ich den Eindruck, dass einige von uns der Meinung sind, dass unser Weg zur Haushaltskonsolidierung über eine Treppe zum

Aufzug führt - und ansonsten ist es auch egal. „Wird schon..., Läuft doch..., Bestens...“

Wenn man sich die nackten Zahlen in diesem Haushaltsplan so anschaut, stimmt das auch.

Die Freien Demokraten begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich, bedanken sich beim Schicksal, dem Steuerglück, der neuen Landesregierung, dem für uns glücklichen Zinsniveau.

Meine Damen und Herren,

Der Haushaltsentwurf zeigt, dass es bis zum Jahr 2020 es zu frühzeitigen Ergebnisverbesserungen kommt.

Das ist erfreulich, jedoch holt uns jedweder Hinweis des NKF auf den Boden zurück, der uns mahnt und anweist die Haushaltskonsolidierungen und -Sanierungen nicht einzustellen, wenn der jahresbezogene Haushaltsausgleich für ein oder mehrere Haushaltsjahre erreicht wird.

Übersetzt heißt dies, auf der Mitte der Treppe ist noch kein Schluss, ein Erschöpfen nicht angebracht und vom Jubel über das erreichte Ziel sind wir noch einige Höhenmeter entfernt.

Viele unserer erarbeiteten Konsolidierungsmaßnahmen sind bisher nicht umgesetzt, noch hat man den Eindruck, dass diesen Überlegungen tatsächlich Taten folgen werden. Auch die häufigen Kompensationsmaßnahmen werden nicht angegangen. Die Sitzungen unserer AG Sparen tagt seltener als Weihnachten im Jahr Tage hat.

Warum? Weil hier im Rat manche sich schon damit begnügen auf der Treppenmitte zu stehen, den Kopf nach oben zu wenden und das Ziel ausmachen zu können.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

verehrter Herr Bürgermeister,

das reicht nicht. Denn eine Treppe führt nicht nur nach oben, genauso kann man auch wieder Stufen hinabfallen. Und kritisch betrachtet ist auch der bisherige Aufstieg weniger das Bemühen des Rates und des Bürgermeisters, sondern vielmehr, wie schon erwähnt, der Lohn der äußeren Umstände. – Wir sind in diesem Jahr sozusagen die Treppe emporgetragen worden. – Auch sehr bequem, fast wie ein Aufzug, aber leider nicht absolut zuverlässig und schon gar nicht geeignet, dieses auch für zukünftige Jahre zu garantieren.

Im Gegenteil lassen Sie uns einen kurzen Blick in die wesentlichen Aufgaben der Zukunft werfen.

Mit dem Beginn der Planung der neuen Feuerwache in der Innenstadt, der Erneuerung weiterer Feuerwehrrutschen, der weiteren Sanierung und Ausstattung der Schulen und vielfältiger Investitionen in Straßen- und Kanalanlagen wird deutlich, dass wir auch in zukünftig unserem Auftrag nachkommen wollen und die Infrastruktur für eine lebenswerte Stadt erhalten wollen.

Wir teilen die Einschätzung vieler Bürgerinnen und Bürger und respektieren die Wünsche vieler für die Stadt Tätigen nach mehr Investitionen.

Aber gerade hier liegen auch vielfältige Möglichkeiten, den bisherigen Status zu verlieren und die Treppe wieder ein wenig nach unten zu rutschen. Erinnern wir uns an die „Erfolge“ vieler Investitionen. Geplante Mittel reichen nicht aus, sondern im Gegenteil sie erhöhen sich in hohem Maße. – durch nicht beeinflussbare äußerer Umstände, durch verbesserungsfähige Planungen und Durchführungen oder durch Sonderwünsche der Betroffenen – wie beispielsweise beim Feuerwehrgerätehaus in Klinkum.

Bei den geplanten Maßnahmen der Zukunft in diesem Haushaltsentwurf, kann einem dann schon mal angst und bange werden.

Nach Ansicht der Freien Demokraten müssen hier auch Rat und Verwaltung das Notwendige unternehmen, um diesen Gefahren zu begegnen.

Leider sind unsere Möglichkeiten jedoch heute und auch weiterhin in der Zukunft sehr begrenzt.

Dennoch müssen wir die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten wahrnehmen, um auf der Treppe die Stufen weiter voranzukommen. Jede Stufe wird schwer und jede Stufe erfordert Kraftaufwand, aber ein Aufzug ist nicht in Sicht und der Träger, der uns die Stufen hinaufbefördert, leider nicht allzu verlässlich.

Meine Damen und Herren,

die Kämmerin Frau Sonja Kühlen erläuterte schon in ihrem Vorbericht:

„Dem Rat obliegt nun die Aufgabe vorgesehene Investitionsmaßnahmen hinsichtlich Vereinbarkeit mit den erklärten Zielen, der Entschuldung und der nachhaltigen Wiederherstellung des Haushaltsausgleichs zu beurteilen..“

Ein Apell den wir unbedingt unterstützen. Wir alle haben hier die Aufgabe, unsere Ansprüche zu bewerten.

„Standards“ sind ein oft genanntes Wort in den Haushaltsberatungen der Freien Demokraten. Wie sehen sie aus?

Nun viele Investitionen sind durchaus wünschenswert, dienen auch dem Wohlbefinden, aber ob sie unabweisbar sind, ist nicht beantwortbar.

„Nice to have“ oder „Must have“ sind ausschlaggebend für die Höhe der einzelnen Treppenstufen. Eine Abwägung dessen ist entscheidend, ob der Haushalt weitergehend konsolidiert wird, oder ob wir im besten Fall stehenbleiben.

Diesen Standards und den daraus sicherlich kontroversen Diskussionen müssen wir uns stellen und nicht um der Beliebigkeit Willen dieser Aufgabe ausweichen.

Solche Auseinandersetzungen erwarten uns z.B. in den Diskussionen um Spielplätze und Umsetzung eines Spielplatzkonzeptes, eines Radwegekon-

zeptes, oder auch bei den vielfältigen Straßenbaukonzepten. Definitionen von Verkehrssicherungspflichten auch unter dem Blickwinkel einer Standardabsenkung und der Reduzierung von Verschuldung sind nach Ansicht der Kämmerin und auch von den Freien Demokraten gefordert.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
es liegt an uns, dies mit Ehrlichkeit, Mut und auch ein wenig mit Selbstreflexion anzugehen.

Lassen Sie mich kurz ein Beispiel geben, wo von den gerade genannten Attributen noch nicht viel zu erkennen ist.

Die von einer Fraktion beantragte Verkleinerung des Rates würde eine finanzielle Entlastung des Haushaltes um insgesamt rund 77.000 € erbringen – wohlgemerkt über 5 Jahre – also rund 15.400 € pro Jahr.

Eigentlich nicht viel, aber auch kleine Stufen führen nach oben.

Nur leider führt der darauffolgende Antrag dieser Fraktion dazu, an der tatsächlichen Motivation Zweifel aufkommen zu lassen.

Mit dem Antrag der Einführung eines Prozessmanagements in der Verwaltung sollen Mittel in Höhe von 20.000 € in den Haushalt 2018 eingestellt werden. Der Antrag im engeren Sinne ist zielführend und auch aus unserer Sicht ein „must have“. Die Ausgliederung dieses Projektes an externe Berater ohne die eigene Durchführung in Erwägung zu ziehen, allerdings ein „nice to have“.

Ein somit angestrebter oder offiziell verkündeter Konsolidierungsbeitrag, wird im nächsten Schritt wieder ad absurdum geführt. -Was vorne mit den Händen aufbaut wird, wird mit dem Hintern beim Umdrehen wieder eingerissen – eine Stufe rauf, zwei wieder runter. –

Wenn so die zukünftige weitere Haushaltskonsolidierung und die Auseinandersetzung mit Standards von einzelnen hier im Rat mit wohlwollender Unterstützung des Bürgermeisters geführt werden, bleiben wir auf dem

bisherigen Treppenabsatz stehen – bestenfalls-, vielmehr müssen wir den dann den Blick wieder auf das untere Treppenareal zuwenden.

Wegberger Haushaltspolitik ist im Moment herausfordernd, anstrengend und auch von der kritischen Auseinandersetzung mit Wünschenswerten und Erforderlichem geprägt.

Die Kämmerin Sonja Kühlen macht uns hierüber übrigens auch eine klare Ansage. Sie weist im Vorbericht des Haushaltes ausdrücklich hierauf hin. Ich danke Ihnen im Namen meiner Fraktion ausdrücklich für diese deutlichen Worte und verspreche Ihnen, dass wir an dieser Stelle hinter Ihnen stehen.

Wir haben in den letzten Wochen versucht das Notwendige möglich zu machen – und wenn ich in diesem Kontext vom Notwendigen spreche, dann verstehen sie bitte die Änderungen, Reduzierungen und Streichungen im ursprünglichen Haushaltsentwurf als notwendige Maßnahmen, auch als Ausfluss der Auseinandersetzung mit Standards. Meinen Kollegen und mir ist es nicht leicht gefallen, vielfältige Investitionsmaßnahmen zu streichen oder zu vertagen. Aber wir können nur gemeinsam erfolgreich sein, wenn es uns gelingt die Wünsche für Wegberg auf ein derzeitiges „Must have“ zu reduzieren.

An unserem Handeln können Sie ablesen, dass wir versuchen Verantwortung und Vernunft auch in diesem Haushaltsentwurf versuchen in Einklang zu bringen.

Sehr geehrter Herr Stock,
sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

wir Freie Demokraten werden diesen Haushaltsentwurf 2018 mittragen.

Wir werden ihn mittragen, weil wir uns freuen, dass die derzeitigen Erfolge – wenn auch von den äußeren Gegebenheiten getragen – uns auf einen guten Teil der Treppe gesetzt haben.

Wir werden ihn mittragen, weil wir uns bewusst sind, dass auch die weiteren Stufen zwar anstrengend werden, aber machbar sind.

Wir werden ihn mittragen, weil wir das Gefühl haben, auch die Kämmerin ist ein guter Begleiter auf dieser Treppe.

Wir haben die Hoffnung, auch der Bürgermeister und dieser Rat sieht den derzeitigen Stand und erkennt, dass ein Aufzug nicht vorhanden ist, gleichwohl aber auch die Treppen zu Fuß erklommen werden können.

Ich appelliere daher an Sie: Sorgen wir also heute Abend gemeinsam dafür, dass das derzeitige Ergebnis und den Stand auf unserer Treppe gewürdigt wird, der Stadt Wegberg und uns nicht die Puste, Motivation aber auch die Ehrlichkeit ausgeht.

Die Freien Demokraten werden ihren Beitrag dazu leisten.

Ich danke herzlich ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Für die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wegberg

Sven Müller-Holtkamp
Fraktionsvorsitzender

Rede zur Haushaltssatzung der Stadt Wegberg für das Haushaltsjahr 2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Vertreter der Presse,

die Fraktion Freie Wähler Wegberg bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die es möglich gemacht haben, den Haushaltsplanentwurf 2018 erneut vor Beginn des Haushaltsjahres fertigzustellen.

Unsere besonderer Dank geht an unsere Kämmerin Sonja Kühn, der es gelungen ist, nach turbulenten und teilweise chaotischen Jahren in der Finanzwirtschaft, hier für Ruhe und einen geordneten Arbeitsablauf zu sorgen.

Nun komme ich zum vorgelegten Zahlenwerk und zuerst zum Ergebnishaushalt für 2018 und die mittelfristige Finanzplanung.

Für 2018 wird mit einem Jahresergebnis von ca. -1.800.000€ geplant. Beachtenswert ist, dass im letzten Jahr für 2018 noch mit einem Ergebnis von -3.470.000€ gerechnet wurde.

Der Haushaltsausgleich soll jetzt in 2020 erfolgen, mit dem positiven Ergebnis von +460.000 €, gegenüber 2017 geplant -1.000.000€.

Wie kommt es zu einer solchen schnellen positiven Entwicklung?

Bitte erlauben Sie mir einige Bemerkungen zu externen Einflüssen, die die Stadt Wegberg direkt betreffen und den Haushalt direkt, aber indirekt verbessern.

Es darf festgestellt werden, dass die gut wirtschaftliche Lage in Deutschland und die sprudelnden Steuerquellen die finanzielle Situation in den Kommunen entspannt hat. Dies betrifft alle Nachbarkommunen, den Kreis Heinsberg und den LVR.

Dies hat für die Stadt Wegberg direkt zur Folge, dass die geplante Erhöhung der Kreisumlage ausgesetzt wird.

Zudem wird sich in der Jahresrechnung 2017 die Auskehrung beim LVR und die hälftige Weitergabe an die Stadt Wegberg mit 300.000€ Ergebnisverbesserung bemerkbar machen.

Eine weitere Entlastung entsteht durch die massive Erhöhung der Schlüsselzuweisungen. Hier möchte ich anmerken, dass bei landesweiter Erhöhung der Einkommenssteuer diese in Wegberg nahezu konstant geblieben ist und dies durch die Schlüsselzuweisungen ausgeglichen wird.

Warum verliert Wegberg Einkommenssteuer?

Wegberg ist im Kreis Heinsberg die Kommunen mit der ältesten Einwohnerstruktur. Dies hat in der Zukunft verstärkt zur Folge, dass unsere Bürger bei Eintritt in den Ruhestand weniger Einkommenssteuer entrichten. Wegberg überaltert und das Tempo nimmt zu.

Es fehlt in Wegberg bezahlbarer Wohnbebauung für Familien, aber auch an Sozialwohnungen. Der Zuzug erfolgt bei unseren Nachbarkommunen und es ist noch schlimmer, junge Leute ziehen weg, um sich ihren Wunsch vom Eigenheim zu erfüllen.

Aber!- Wegberg hat im Leitbild Wohnstadt verankert und berät zur Zeit einen Masterplan für Wohnbebauung im Innenring. Herr Stock, hier sehen wir Sie besonders in der Verantwortung, Sie sind 3,5 Jahre im Amt - in dieser Zeit wurde kein nennenswertes Baugebiet erschlossen.

Der Masterplan ist bisher nichts anderes als die Auflistung von bekannten und von der Bezirksregierung Köln genehmigten möglichen Wohnbauflächen im Innenring.

Wir fordern hier mehr Tempo, einen Zeitplan und eine dringende Kehrtwende.

Kommen wir zurück zum Ergebnishaushalt.

Die Planung der Gewerbesteuer ist auf den ersten Blick erfreulich, aber wir sollten uns an ertragsstarken Kommunen orientieren. Das Prokopfaufkommen an Gewerbesteuer ist in Wegberg um 1/3 geringer als in Erkelenz oder fragen Sie mal Frau Kühlen, welche Auswirkungen ein jährliches Mehr von 1.500.000€ Gewerbesteuer auf den Haushalt hätte.

Ich verrate es Ihnen, das HSK wäre Vergangenheit und der Haushalt wäre ausgeglichen.

Wegberg hat ein Einnahmeproblem.

Herr Stock, Sie können sich bei der FDP- Fraktion und der Fraktion Freie Wähler Wegberg bedanken, dass wir die Erweiterung des Gewerbegebietes Rath- Anhoven beantragt haben. Ich höre noch die Skeptiker, die sagten, der Eigentümer würde nie verkaufen. Hier ein Lob an die Verhandlungsführer, Sie haben es geschafft, eine große Fläche zu erwerben und wir denken, dass bei intelligenter Vermarktung hier bald alle Flächen verkauft sind.

Herr Stock, das Thema SEWG möchte ich hier nur kurz ansprechen, wir sehen auch Sie hier in der Pflicht, dass die freien Flächen in Wildenrath jetzt mit externen Partnern veräußert werden. Die Nachfrage ist weiterhin groß und das Angebot schon seit einiger Zeit begrenzt. Wir Freien Wähler Wegberg erwarten vom Geschäftsführer der SEWG und Ihnen als Aufsichtsratsvorsitzender in 2018 entsprechende Erfolgsmeldungen.

Herr Bürgermeister, sollten Sie Hilfe in Form von entsprechenden Anträgen aus der Politik benötigen, die FWW und FDP werden dies gerne für Sie übernehmen!

Die Stadt Wegberg steht vor großen Investitionen in den nächsten Jahren. Beim Neubau der Hauptfeuerwache erwarten wir das Einhalten des Budget und nicht zu einer Überschreitung wie bei der Erweiterung der Feuerwehr in Klinkum. Wir haben da auch große Erwartung in den neuen technischen Beigeordneten, der ab Januar seinen Dienst beginnt.

Hierzu zählen wir auch die zahlreichen Arbeiten an der Kanalisation. Wir erwarten, dass auch hier geplante Massnahmen zeitgerecht umgesetzt werden.

Personal

Herr Stock, ich zitiere aus dem Protokoll des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.12.2016:

Der frühere Personalausschuss habe beispielsweise nur dreimal, also viel seltener getagt als der Haupt- und Finanzausschuss. Er gehe davon aus, dass nicht mehr als zehn Tagesordnungspunkte im ganzen Jahr in den Personalausschuss beraten werden. Der zu betreibende Aufwand stehe darum in keinem angemessenen Verhältnis. Darum möchte er dafür werben, keinen Personalausschuss zu bilden.

Die ersten Sitzungen haben aber gezeigt, dass es durchaus Punkte in Ihrer Personalführung gibt, die diskutabel sind und waren.

Zudem wird uns das Personalentwicklungskonzept, beantragt von AfW und FWW noch einige Zeit beschäftigen. Es ist traurig, dass dies nicht aus Ihrem Hause kommt.

Oder darf ich Ihnen unterstellen, dass Sie hier keinen Bedarf sehen.

Finanziell betrachtet haben Sie als HSK - Massnahme ein Personaleinsparkonzept aufgelegt. Dies ist mit jährlichen Sparbeiträgen versehen, aber die Details sind uns weiterhin nicht bekannt, ist es

ein Geheimkonzept oder können Sie es uns in 2018 detailliert vorstellen. ^{Wir} bei allen Konzepten, es gibt immer Verbesserungspotential und da möchten wir als Politik aktiv mitwirken.

Der Posten Personalaufwendungen mit 13.000.000 Euro gibt bestimmt noch weiteres Einsparpotential ohne auf Qualität zu verzichten, ^{aber} durch intelligente Umstrukturierungen in der Stadtverwaltung. Herr Stock, da fehlt uns bei den bisherigen Ergebnissen, Vertrauen in Ihre Arbeit.

Die wachsenden Pensionslasten werden von Ihnen leider auch nicht angepackt, da reihen Sie sich nahtlos in die Reihe Ihrer Vorgänger ein. Diese Problematik verschieben Sie weiterhin in die Zukunft, die nachfolgende Generation hat dies zu schultern.

Zum Haushaltssicherungskonzept möchten ich Ihnen unsere Gedanken mit auf den Weg bringen.

Wir bezweifeln, ob bei weiterhin positiven Jahresabschlüssen dieses weiterhin aufrecht erhalten werden muss.

Aber wie schon in der Vergangenheit, als wir schon ein freiwilliges HSK beantragt haben, warnen wir davor vom eingeschlagenen Sparkurs abzuweichen.

Wir Freien Wähler Wegberg stehen weiterhin zum HSK, intelligentes Sparen ist Trumpf!

Herr Stock, im letzten Jahr haben wir Ihnen einen schlechten Job attestiert. Da hat sich wenig geändert .

Wir ziehen heute Bilanz, quasi zu Halbzeit, die jetzt genannten Punkte stammen aus Ihrem Programm aus 2014

1. Sie möchten Bürger, Verein und Politik zusammenbringen, dieses Projekt ist wohl gescheitert.
2. Gute Schulen, hier war es der Stadtrat, der Schulschliessungen verhindert hat, Sie und die Verwaltung hätten 1 bis 2 Schulen geschlossen
3. lebendige Vereine, da haben Sie wenigstens nicht wie Ihr Vorgänger Porzellan zerbrochen.
4. Nachhaltige Stadtentwicklung, da haben wir Ihr Schneckentempo schon kritisiert, was ist mit der Innenstadt, haben Sie diese schon abgeschrieben?
5. verlässliche Kinderbetreuung, abgesehen davon, dass hier der Kreis zuständig ist, fehlen weiterhin eine Menge U3/Ü3 Plätze. Ein Beispiel, der geplante Neubau des Kindergartens an der Ophover Mühle, hier hört man nichts mehr, Ist das Projekt nicht mehr aktiv?
6. Innenstadtkonferenz, ist das Projekt nicht mehr aktuell, wir haben es noch einmal auf die Tagesordnung gestellt, mit dem Ergebnis, dass es auf den Sanktnimmerleinstag verschoben ist.
7. Kämmerer bestellen, da sind Sie in guter Tradition mit Ihrem Vorgänger, Sie haben gleich zwei bestellt.

Sie setzen nicht die entscheidenden Impulse, man könnte weiterhin von Einfältigkeit sprechen.

Die Stagnation wird nicht durchbrochen, es werden keine entscheidende Akzente gesetzt.

Die Verwaltungsspitze zeigt weiterhin wenig Transparenz, es ist traurig, dass man als Fraktion über eine Millionenklage gegen die Stadt Wegberg aus der Presse erfahren muss.

Bei Personalentscheidungen und Beförderungen setzen Sie Ihren Kopf durch ohne Rücksicht auf den Stadtrat und ohne Rücksicht auf Mitarbeiter in der Verwaltung. Detaillierter kann ich es leider nicht darstellen.

Wichtige Entscheidungen der laufenden Verwaltung teilen Sie dem Stadtrat selten mit, da machen Sie formal sicher alles richtig, aber Vertrauen in Ihr Amt schaffen Sie damit nicht.

Zurück zum Haushaltsplanentwurf

Die Fraktion Freie Wähler Wegberg zeigt weiterhin Verantwortung für unsere Stadt Wegberg.

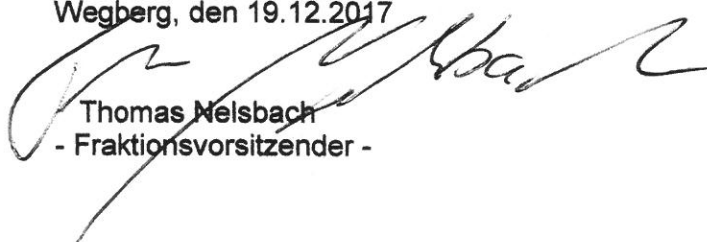
Nur mit einem gültigen Haushaltsplan 2018 können notwendige Investitionen umgesetzt werden.

Die Zeiten der vorläufigen Haushaltsführung möchten wir nicht mehr haben.

Wir werden dem Haushaltsentwurf 2018 zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Wegberg, den 19.12.2017



Thomas Nelsbach
- Fraktionsvorsitzender -